

Moldau

Dominic Maugeais

Die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau haben sich seit der Überwindung der politischen Krise im Juni 2019, die zum Machtverlust des Oligarchen Vladimir Plahotniuc führte, wieder merklich abgekühlt. Die Machtkonzentration um den sozialistischen Präsident Igor Dodon nahm zu und das proeuropäische Parteienbündnis gilt als nachhaltig geschwächt.

Gescheiterte „De-Oligarchisierung“ und Machtkonzentration um den Präsidenten

Das hoffnungsvolle Experiment einer Koalition aus dem proeuropäischen Oppositionsbündnis ACUM von Maia Sandu von der Partei „Aktion und Solidarität“ (PAS) und Andrej Năstase von der Partei „Würde und Wahrheit“ (PDA) und der von Präsident Dodon geführten Sozialistischen Partei Moldaus (PSRM) war am 12. November 2019 nach nur wenigen Monaten an der Frage der Auswahl des neuen Generalstaatsanwaltes gescheitert.¹ Seit dem 14. November 2019 regierte eine informelle Koalition aus PSRM und der Demokratischen Partei (PDM) um den ehemaligen Premierminister und Plahotniuc-Vertrauten Pavel Filip, die nach fünf Monaten, am 16. März 2020, mit einer Regierungsumstellung formalisiert wurde.² Dodon hatte die durch die PDM gestützte Regierung zunächst als technokratische Regierung deklariert, um die nationale und internationale Kritik an der Zusammenarbeit mit der ehemaligen Plahotniuc-Partei abzumildern. Außenpolitisch verschrieb sich die Regierung einem sogenannten ausbalancierten Kurs mit einem formellen Bekenntnis zur Umsetzung des EU-Assoziierungsabkommens. Tatsächlich genießen jedoch die Beziehungen mit Moskau in der von Ion Chicu geführten Regierung Priorität. Entgegen der von der Verfassung vorgeschriebenen begrenzten Kompetenzen des Präsidenten kontrolliert Dodon seit November 2019 de facto die Regierungsgeschicke. Gegen einen weiteren Machtausbau der PSRM und des Präsidenten richtete sich eine Parteineugründung mit dem Namen „Pro Moldova“, die aus Plahotniuc-nahen Abgeordneten der PDM um den ehemaligen Parlamentssprecher Adrian Candu besteht. Von ursprünglich 56 Abgeordneten (36 von der PSRM und 20 von der PDM) ist die Regierungskoalition dadurch auf 48 Abgeordnete (37 von der PSRM und elf von der PDM) geschrumpft und hat vorerst keine eigene Mehrheit im 101 Sitze umfassenden Parlament mehr.³ Das proeuropäische Parteienbündnis ACUM indessen gilt infolge des gescheiterten Regierungsexperiments (von dem Sandu mehr profitieren konnte als Năstase) als zerrüttet.

1 European External Action Service: Statement by the Spokesperson on the situation in the Republic of Moldova, 12.11.2019, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/70293/statement-spokesperson-situation-republic-moldova_en (letzter Zugriff: 31.8.2020).

2 Madalin Necsutu: Moldova Govt Reshuffle Cements Socialist-Democrat Alliance, 16.3.2019, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2020/03/16/moldova-govt-reshuffle-cements-socialist-democrat-alliance/> (letzter Zugriff: 31.8.2020).

3 Madalin Necsutu: Moldovan MP's Defection Puts Socialist Govt's Majority at Risk, 30.6.2020, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2020/06/30/moldovan-mps-defection-puts-socialist-govts-majority-at-risk/> (letzter Zugriff: 31.8.2020).

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die Unterstützung der EU

Als eines der ärmsten Länder Europas trifft die Covid-19-Pandemie die Republik Moldau besonders stark. Seit dem Ende des Ausnahmezustands im Mai 2020 stiegen die Fallzahlen wieder kontinuierlich an und belasten das ohnehin schlecht ausgestattete Gesundheitssystem. Hinzu kommen die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Krise, für deren Abmilderung die Regierung und auch Dodon verantwortlich gemacht werden. Obwohl von Seiten der EU für die direkten kurzfristigen Bedürfnisse im Kampf gegen die Pandemie 87 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wurden, betonte der Präsident, dass es Russland, China und die Schweiz waren, die der Republik Moldau am schnellsten Hilfe zugesagt und bereitgestellt hätten.⁴ Tatsächlich wurde ein 200 Mio. Euro Kredit Russlands vom moldauischen Verfassungsgericht für unwirksam erklärt, da die Bedingungen nicht verfassungskonform waren. Die EU hat hingegen die Auszahlung einer weiteren Tranche von 30 Mio. Euro makrofinanzieller Hilfe, die an die Überarbeitung eines Gesetzes betreffend Nichtregierungsorganisationen gebunden war, freigegeben. Weitere 100 Mio. Euro an Krediten werden Moldau zur Verfügung gestellt, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abzumildern. Angesichts der pandemiebedingten sinkenden Popularität Dodons und einer schwindenden Mehrheit der Regierungskoalition brachte Andrei Năstase einen Misstrauensantrag im Parlament ein, welches jedoch am 20. Juli 2020 mit 46 von 101 Stimmen scheiterte.

Präsidentenwahlen im Herbst und Ausblick

Nach den Umfragewerten stehen sich wie im Jahr 2016 Dodon und Sandu in einem Kopf-an-Kopf-Rennen gegenüber und werden nach der ersten Wahlrunde am 1. November 2020 voraussichtlich in die Stichwahl um das Präsidentenamt einziehen.⁵ Im Unterschied zur letzten Wahl tritt die proeuropäische Opposition jedoch nicht geeint an. Nachdem Năstase zuletzt zugunsten von Sandu auf eine Kandidatur verzichtete, tritt er nun selbst ebenfalls als Kandidat an. Insofern kommt es darauf an, wie stark die Friktion im proeuropäischen Lager das Wählerverhalten im zweiten Wahlgang beeinflussen wird. Präsident Dodon hat indessen angekündigt, nach der Präsidentenwahl die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen anzustreben.

Weiterführende Literatur

Anna Zygierewicz/Kamil Całus: Association agreement between the EU and the Republic of Moldova European Implementation Assessment (update), European Parliamentary Research Service, Brüssel Mai 2020, PE 642.834.

4 Europäische Kommission: The EU's response to the coronavirus pandemic in the Eastern Partnership, Juni 2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/coronavirus_support_eap.pdf (letzter Zugriff: 15.10.2020).

5 Martin Sieg: Die Republik Moldau vor der Präsidentenwahl im November, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, September 2020.